



# NEWSLETTER

Ausgabe 8. Mai 2012

## FAIRER WETTBEWERB MIT FAIREN LÖHNEN *Tariftreugesetz auf dem Weg*

Nils Schmid: „Damit kommen wir unserem Ziel, Baden-Württemberg zum Musterland für Gute Arbeit zu machen, einen Meilenstein näher“

„Mit dem Tariftreugesetz kommen wir unserem Ziel, Baden-Württemberg zum Musterland für Gute Arbeit zu machen, einen Meilenstein näher“, sagte SPD-Landeschef Nils Schmid am heutigen 8. Mai. Die Landesregierung hatte sich zuvor hinter den Gesetzentwurf des Wirtschafts- und Finanzministers gestellt. „Unternehmen, die mit Lohndumping erfolgreich sein wollen, kommen bei öffentlichen Aufträgen von Land und Kommunen künftig nicht mehr zum Zug. Damit geben wir dem Wettbewerb eine soziale Leitplanke, von der Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen profitieren“, so Nils Schmid. Nach dem Entwurf sollen öffentliche Aufträge des Landes und

der Kommunen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten Tariftlöhne bezahlen. Als absolute Untergrenze sieht der Entwurf einen Mindestlohn von 8,50 Euro vor. „Es ist höchste Zeit, dass Baden-Württemberg wie andere Bundesländer eine faire öffentliche Ausschreibungspraxis gewährleistet“, erklärte der Wirtschafts- und Finanzminister. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen forderten seit Jahren dazu auf, gegen das wettbewerbsverzerrende Lohndumping vorzugehen und fair entlohnende Unternehmen nicht gegenüber Billig-Konkurrenz zu benachteiligen. Mehr Infos dazu auf [www.mfw.baden-wuerttemberg.de](http://www.mfw.baden-wuerttemberg.de).

Wir machen unsere Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg“ konkret! Nach unserem Einsatz für den gesetzlichen Mindestlohn, für gleiches Geld für gleiche Arbeit und für die Regulierung der Leiharbeit ist jetzt das Tariftreugesetz auf dem Weg. Das ist SPD pur in Baden-Württemberg!



**Katja Mast**

Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

### IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0  
Fax-Nr.: 0711/619 36-20  
E-Mail: [bawue@spd.de](mailto:bawue@spd.de)  
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig



## AUFSCHWUNG FÜR ALLE!

Zum 1. Mai: Schulterchluss mit den Gewerkschaften

„Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir auf Gute Arbeit, für die es einen gerechten Lohn gibt, von dem man anständig leben kann“, erklärte Nils Schmid auf seiner Rede zum 1. Mai in Reutlingen. „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, humane und faire Arbeitsbedingungen, Anspruch auf eine ordentliche soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter – das haben Frauen und Männer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung gemeinsam erkämpft. Und das werden wir auch weiterhin tun“, so der SPD-Chef in seiner Mairedede.



## BETTINA WILHELM



Die Kreiskonferenz der SPD Stuttgart hat Bettina Wilhelm offiziell zu ihrer Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl am 7. Oktober gekürt. Die gebürtige Stuttgarterin ist derzeit Erste Bürgermeisterin in Schwäbisch Hall. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. „Stuttgart braucht Identität, nicht Gigantismus“, so die 47jährige.

Mehr auf [www.bettina-wilhelm.net](http://www.bettina-wilhelm.net)

## ARMUT MIT ARBEIT BEKÄMPFEN: KONZEPT FÜR GUTE UND SICHERE ARBEIT

Katrin Altpeter: Armut mit Maßnahmenbündel entgegenwirken – „Wir dürfen keinen verloren geben“

Jede siebte Familie im Südwesten ist armutsgefährdet. Ein besonders starkes Risiko tragen dabei Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Menschen mit Migrationshintergrund. „Die Politik muss Armut mit einem Bündel an Maßnahmen entgegenwirken, darunter Integration in den Arbeitsmarkt, Zugang zu Bildung, Qualifizierung und Kinderbetreuung sowie mit dem Mindestlohn“, sagte Katrin Altpeter im SPD-Landesvorstand. Die Sozialministerin sieht die Landesregierung dabei auf dem richtigen Weg – nicht nur mit dem von der Koalition geschlossenen Pakt für Familien. Vor allem das Konzept „Gute und sichere Arbeit“ bilde eine Grundlage zur Armutsbekämpfung, so Katrin Altpeter. Das Programm sieht vor, Langzeitarbeitslose, wenn möglich, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Hinzu kommt die Förderung alleinerzie-

hender Frauen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass jede dritte Alleinerziehende in Baden-Württemberg armutsgefährdet ist. Auch Jugendliche ohne Schulabschluss und Migranten werden durch unterstützte Ausbildung oder Jobcoaches gefördert. Auch sollen regionale „Beschäftigungsförderer“ eingesetzt werden, die als Netzwerker zwischen der Bundesagentur und den Arbeitgebern fungieren. Das Programm hat ein Volumen von zehn Millionen Euro.

„Mit diesem Konzept investieren wir in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit. Nur so kann Armut bekämpft werden“, betonte die Sozialministerin. Über 60 Prozent der Menschen ohne Beschäftigung in Baden-Württemberg sind langfristig arbeitslos, das sind 60 000 Betroffene im Land. „Wir dürfen da keinen verloren geben“, so Katrin Altpeter.

## KOMMUNAL POLITISCH FÜHREN

2011 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ein neues Projekt gestartet: Mit dem Lehrgang „Kommunal Politisch Führen“ sollen diejenigen, die die Grundvoraussetzungen mitbringen, auf ihrem Weg in eine hervorgehobene Position gestärkt und auf eine Wahl vorbereitet werden. In fünf Bausteinen vermittelt dieser Lehrgang spezifische Führungskompetenzen und bietet exklusive Einblicke in die Praxis von Politik und Verwaltung. Der neue Lehrgang „Kommunal Politisch Führen“ 2012/2013 startet im September.

Ausführliche Informationen unter [www.fritz-erlerforum.de](http://www.fritz-erlerforum.de). Ansprechpartnerinnen sind [christine.arbogast@fes.de](mailto:christine.arbogast@fes.de) und [sieglisne.hopfhauser@fes.de](mailto:sieglisne.hopfhauser@fes.de)

## RAINER STICKELBERGER



Das Kabinett hat den Gesetzentwurf zur Landesverfassungsbeschwerde beschlossen. Damit kann man künftig vor dem Staatsgerichtshof Verfassungsbeschwerde einlegen. „Wir wollen die Identifikation der Menschen mit ihrer Landesverfassung stärken. Das entspricht einer modernen Bürgergesellschaft“, so Justizminister Rainer Stickelberger.

Mehr auf [www.jum.baden-wuerttemberg.de](http://www.jum.baden-wuerttemberg.de)